

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr.
30.09.2003

Finanzierungswünsche von Minister Corts für Ballett

Anlässlich der Debatte um die Finanzierung eines gemeinsamen Balletts der Länder Hessen und Sachsen erklärt Olaf Cunitz, Vorstandssprecher der Frankfurter Grünen:

Angesichts der angekündigten dramatischen Einschnitte bei der Landesförderung für Kunst- und Wissenschaftseinrichtungen in Frankfurt, wie zum Beispiel dem Städelschen Kunstinstitut, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung oder dem Institut für Sozialforschung, wirkt die Aufforderung von Udo Corts, dem Hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst, befremdlich, die Stadt solle sich mit mehreren hunderttausend Euro an einem zu gründenden Staatsballett beteiligen.

Nachdem in Frankfurt CDU und SPD die Schließung des weltbekannten Balletts unter der Leitung von William Forsythe, gegen den Widerstand der Grünen, beschlossen haben, möchten sich nun scheinbar Minister Corts zusammen mit Oberbürgermeisterin Petra Roth, die wieder einmal am zuständigen Dezernenten vorbei tätig geworden ist, ein Prestigeobjekt aus dem Stadtsäckel bezahlen lassen, während gleichzeitig die Landesregierung zu einem kulturpolitischen Kahlschlag ansetzt.

Der grundsätzlich wünschenswerte Erhalt des Ballettensembles ist noch mit etlichen offenen Fragen bezüglich der Finanzierung und möglicher arbeitsrechtlicher Konsequenzen verbunden. Eine Finanzierung aus dem Etat der Städtischen Bühnen scheint ausgeschlossen und zusätzliche Ausgaben sind angesichts der strengen Haushaltsauflagen aus dem Hessischen Innenministerium nicht zu rechtfertigen.

Eine Lösung kann es nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes geben, dass die Beteiligung des Landes an der kulturellen Infrastruktur Frankfurts grundsätzlich regelt und eine mittelfristige Planungssicherheit ermöglicht. Bisher hat sich die Landesregierung geweigert, hier größere Verantwortung zu übernehmen und Frankfurt des öfteren, wie zum Beispiel bei der Bewerbung als Kulturhauptstadt, im Stich gelassen. Einzellösungen, die sich an persönlichen Vorlieben orientieren mögen, bei gleichzeitigen, von wenig Fachkenntnis des zuständigen Ministers geprägten, drastischen Einschnitten im Kulturbereich passen einfach nicht zusammen.